

# INDES

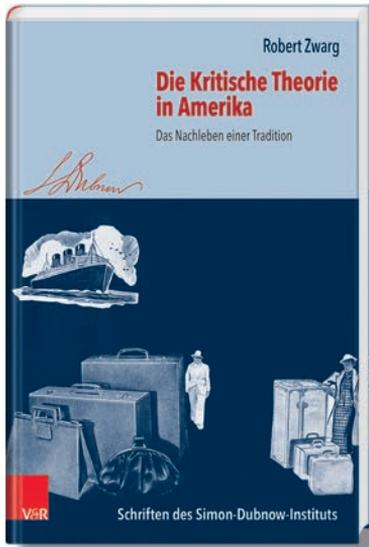
ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



## 1917 bis 2017: **100 Jahre Links**

Franz Walter Nicht nur *eine* Arbeiterbewegung    Thomas Meyer Die Links-  
parteien und ihr »Spaltungsgen«    Uwe Sonnenberg Linke Buchläden in den  
1970er Jahren    Marika Przybilla-Voß Das Volkshaus zum Mohren in Gotha  
Oskar Negt Interview über die Aktualität rot-rot-grüner Bündnisse

# Rezeption und Veränderung der Kritischen Theorie in Amerika



Robert Zwarg

## Die Kritische Theorie in Amerika

Das Nachleben einer Tradition

Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, Band 27.

2017. 464 Seiten mit 16 Abb., gebunden

€ 60,-

ISBN 978-3-525-37048-3

**eBook:** € 49,99 D

ISBN 978-3-647-37048-4

Das Buch zeigt die Rezeption und Veränderung der Kritischen Theorie in Amerika. Die Denktraditionen Europas und das deutsch-jüdische Weimar werden zum ideenpolitischen Arsenal der amerikanischen Neuen Linken.

Die Kritische Theorie erlangte in kaum einem Land außerhalb Deutschlands so große Aufmerksamkeit wie in Amerika. Einflussreiche Zeitschriften wie *Telos* und *New German Critique* forcierten die ungeheure Rezeption der Schriften Theodor W. Adornos, Max Horkheimers und Herbert Marcuses. Robert Zwarg rekonstruiert die Entwicklung der Frankfurter Denktradition in Amerika von den späten Sechziger- bis in die Neunzigerjahre. Er fragt, wie sich die Kritische Theorie unter den veränderten historischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wandelte und wie sie zum Ausweg aus der Krise der amerikanischen Neuen Linken wurde.

# EDITORIAL

≡ Julia Bleckmann/Matthias Micus/Marika Przybilla-Voß

Im April 2017 jährt sich zum hundertsten Mal das Gründungsdatum der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, kurz: USPD. Den meisten werden weder die Organisation noch das Kürzel sonderlich bekannt sein. Und dies, so kann man mit Blick auf die reinen Fakten sagen, mit einigem Grund. Schließlich bestand die Partei nur wenige Jahre, von 1917 bis 1931, als relevanter politischer Faktor hatte sie gar spätestens im September 1922 bereits zu existieren aufgehört, als in Nürnberg ihre Delegierten zusammen mit Vertretern der damals sogenannten Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD) bei einem gemeinsamen Parteitag die Wiedervereinigung beider Verbände zur – mit Blick auf die Namensgebung wenig originellen – Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (VSPD) vollzogen. Faktisch kam das der Rückkehr der Unabhängigen in die SPD gleich, nachdem erstere schon zwei Jahre zuvor, Ende 1920, durch den Übertritt der damaligen Parteimehrheit zur KPD einen Gutteil ihres Massenanhanges verloren hatten.

Dennoch werden im Verlauf des Frühjahres zahlreiche sozialdemokratische Parteigliederungen aus Anlass des Jubiläums der Zeitspanne zwischen Kriegsende und Republikgründung gedenken, dabei die linke Parteigeschichte in der Zwischenkriegsepoche Revue passieren lassend. Die Parteizeitung der SPD, der *Vorwärts*, wird Artikel dazu publizieren und die parteinahe Friedrich-Ebert-Stiftung widmet der USPD-Gründung im Februar unter dem Titel »Weltkrieg. Spaltung. Revolution – Sozialdemokratie 1916–1922« eine zweitägige Tagung.

Wie erklärt sich dieses Interesse an einer mittlerweile doch sehr fernen Vergangenheit, woraus speist sich das Bedürfnis des erinnernden Rückblicks? Womöglich resultiert das Geschichtsbewusstsein – auch – aus der Krise der SPD in der Gegenwart. Dergleichen zeigte sich jedenfalls früher verlässlich: Immer dann, wenn es bedrohlich wurde, erinnerten sich Parteien ihrer Traditionen, ihrer Mythen und Legenden. Mithin: So wie politische Gegner, gar ideologische Feinde, einen kräftigen Kitt für politische Gruppen darstellen, deren Anhänger ihre internen Differenzen im Angesicht der äußeren Bedrohung hintanstellen, so stabilisierend wirken sich Erinnerungen an einschneidende Ereignisse, fundamentale (Richtungs-) Kämpfe, überzeugungsfeste Vorderleute auf sie aus. Parteien, so lautet eine

Binsenweisheit der historisch erklärenden politischen Kulturforschung, sind das Resultat zentraler historischer Konfliktlinien, fundamentale Konflikte ließen sie entstehen und machten sie groß, die Erinnerungen daran festigen sie auch noch lange danach.

Und eben daran fehlte es in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht, zumal auf der Linken. Wenn auch eher abstrakt, so waren doch sowohl das politische Ziel – der Sozialismus –, der Weg dorthin – die Vergesellschaftung der Produktionsmittel – als auch das sogenannte historische Subjekt – das Proletariat – noch weitestgehend unbestritten. In der Auseinandersetzung mit den Konservativen, Nationalen und Kaisertreuen focht man für die Schwachen und Benachteiligten und – als Zwischenetappe – für Frieden, für Gleichberechtigung, für Demokratie. Nicht zuletzt die revolutionsschwangeren Zeitläufte forderten klare Bekenntnisse; auch an charismatischen, die sozialistische Idee sinnträchtig verkörpernden Führern bestand infolgedessen kein Mangel. Möglich ist es also durchaus, dass der Rückblick der Sozialdemokraten auch der geschundenen Gegenwartsexistenz gilt, die durch den Rückblick auf vermeintlich bedeutsamere, entscheidungssattere, gesinnungsstärkere Epochen aufgerichtet werden soll.

Darüber hinaus aber ist die Gründung der USPD ein Ereignis, das in der Folgezeit für den vermeintlichen Hang der politischen Linken zu Friktionen und Zerwürfnissen eine geradezu symbolische Bedeutung gewonnen hat. Die Politik des Burgfriedens zahlreicher sozialistischer Parteien mit ihren nationalen Regierungen im Ersten Weltkrieg einerseits und die Oktoberrevolution 1917 andererseits hatten zwischen 1914 und 1920 zum Zusammenbruch der Zweiten Internationalen und zu neuen Spaltungen innerhalb der Arbeiterbewegung geführt, welche den stetigen Konzentrationsprozess der vorangegangenen Jahrzehnte beendeten. Die neuere Geschichte linker Entzweigungen in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Richtung – sowie in »dritte Wege« zwischen den beiden – nahm hier ihren Ausgang.

Insofern drängt sich das hundertjährige Jubiläum der USPD-Gründung 1917 für eine Darstellung und Bestandsaufnahme der Linken geradezu auf. Nicht nur, dass die Gründung selbst in eine spektakuläre Phase hochverdichteter Entscheidungen, emotionalen Überschwangs und tiefgreifenden Wandels fiel, dadurch an sich schon Stoff genug für eine Vielzahl interessanter Analysen bietet. Darüber hinaus zeitigte dieses Datum Folgen und Wirkungen weit über den damaligen Moment hinaus. Die Geschichte *der* und *des* Linken in Deutschland (und darüber hinaus) ist und bleibt mehr oder weniger unmittelbar mit dem April 1917 verbunden, da sich durch die Initialzündung zu ihrer politischen Auffächerung neue Räume zur politischen,

kulturellen, thematischen Entfaltung linkssozialdemokratischer Kräfte und Ambitionen öffneten.

Vielleicht kann die vorliegende *INDES* auf diese Weise einen Beitrag leisten zu einer Diskussion über die Geschichte, das Wesen und die Zukunft des Sozialdemokratischen, die schon seit Längerem geführt werden müsste. Und selbst wenn der Augenblick zu Beginn eines Bundestagswahljahres nicht eben günstig für eine derartige Debatte erscheint: Wann, wenn nicht im Wahlkampf, sind politisches Selbstbewusstsein und strategische Selbstsicherheit vonnöten? Beide aber setzen, sofern nicht ohnehin vorhanden, einen vorgelagerten Prozess der Selbstvergewisserung voraus. Und dass eine unzweideutige Orientierungsklarheit in der zeitgenössischen Sozialdemokratie erschütterungsresistent vorhanden wäre – dies zu behaupten, wäre beinahe so kühn, wie es die Gründung der USPD im Frühjahr 1917 gewesen war. Wir wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

# INHALT

>> ANALYSE

- 1 **Editorial**  
≡ Julia Bleckmann / Matthias Micus / Marika Przybilla-Voß
- 7 **Nicht nur *eine* Arbeiterbewegung**  
Eine lange Geschichte sozialmoralischer Spaltung  
(auch) jenseits der USPD  
≡ Franz Walter
- 24 **Von Erlösung, Emanzipation und Entfremdung**  
Die Linksparteien und ihr »Spaltungsgen«  
≡ Thomas Meyer
- 35 **Zwischen allen Stühlen**  
Zur Entwicklung der USPD  
≡ Lutz Häfner
- 43 **Räteaktivisten in der USPD**  
Richard Müller und die Revolutionären Obleute  
≡ Ralf Hoffrogge
- 55 **Volksfront und Einheitspartei**  
Die Linke im Schatten des spanischen Bürgerkriegs  
≡ Reiner Tosstorff
- 65 **Linke Buchläden in den 1970er Jahren**  
Kommunikationszentren im Hintergrund des Protestgeschehens  
≡ Uwe Sonnenberg
- 73 **Ein unplanbarer Aufstieg**  
Die Zeitschrift *Das Argument* und die Neue Linke  
≡ David Bebnowski
- 80 **Konsumsozialismus**  
Kontroversen um die Wirtschaftsstrategie im SED-Politbüro  
unter Erich Honecker  
≡ Andreas Malycha

- 88 **Partei oder Bewegung?**  
Labour, Corbyn und die britische Linke  
≡ Sebastian Berg
- 98 **Was ist heute links?**  
Zehn Leitbilder für eine moderne Linke  
≡ Uli Schöler
- >> **INSPEKTION** 108 **Arbeiter in Bewegung**  
Eine Inspektion in Gotha auf der Suche nach dem Volkshaus zum Mohren  
≡ Marika Przybilla-Voß
- >> **PORTRÄT** 115 **Gründungsfiguren der USPD**  
Herkunfts- und Überzeugungsprofile  
≡ Detlef Lehnert
- >> **INTERVIEW** 124 **»Ein zweites Gotha wäre notwendig«**  
Interview mit Oskar Negt über die Aktualität des Sozialismus sowie rot-rot-grüne Bündnisse  
≡ Oskar Negt
- PERSPEKTIVEN**
- >> **ANALYSE** 137 **Sozioökonomischer Status und politisches Engagement**  
Warum wir mehr politische Bildung in Kindheit und Jugend brauchen  
≡ Anja Mays/Verena Hambauer
- >> **DEBATTE** 146 **Die GroKo-Horkruxe und die Todesser der Demokratie**  
Plädoyer für eine Wahlsystemreform  
≡ Volker Best
- >> **MEINUNG** 153 **Das Gemeinwohl**  
Ein Blick aus der politischen Praxis  
≡ Dominik Meier

SCHWERPUNKT:  
**100 JAHRE LINKS**



# NICHT NUR *EINE* ARBEITERBEWEGUNG

EINE LANGE GESCHICHTE SOZIALMORALISCHER  
SPALTUNG (AUCH) JENSEITS DER USPD

≡ Franz Walter

Gestritten wurde gerne und viel in der Sozialdemokratie, besonders im Kreise der Linksoptionen der Partei. Das war auch Anfang April 1917 in Gotha so. Dort hatten sich insgesamt 143 Vertreter der Sozialdemokraten, darunter 15 Abgeordnete des Deutschen Reichstags, die eine Politik der Zustimmung zu den Kriegskrediten und des innenpolitischen »Burgfriedens« nicht mehr mitzumachen bereit waren, im »Volkshaus zum Mohren« getroffen, um eine neue Partei zu konstituieren. Doch wie sollte diese Formation heißen? Darüber ging einer der vielen Dispute schon in der Gründungszeit der neuen politischen Organisation: Die einen wollten sich als »Opposition der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« präsentieren, andere präferierten den Namen »Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Opposition«; die nächsten fochten für das Signum der »Internationalen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«. Schließlich entschied sich die Mehrheit der Delegierten – mit 77 gegen 42 Stimmen – für die Bezeichnung »Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland« (USPD).<sup>1</sup>

Mit diesem Datum und Votum war die politisch links organisierte Arbeiterbewegung zwischen Königsberg und Konstanz auf lange Zeit gespalten.<sup>2</sup> In erster Linie hat man das als Folge des Krieges zu bewerten. Zuvor, im Kaiserreich, existierten wohl ebenfalls schon zwei Grundströmungen in der Sozialdemokratie; auch damals hatte es auf der einen Seite reformistische, auf der anderen Seite stärker revolutionäre Mentalitäten gegeben. Das aber konvenierte zur damaligen Zeit durchaus. Angesichts eines realen Zwiespalts der Alltagserfahrungen von Arbeitern im Kaiserreich – die soziale Besserungen erlebten und doch konstant gesellschaftliche Stigmatisierung erfuhren – vereinten sich im Bewusstsein zahlreicher Sozialisten zwei nur scheinbar

<sup>1</sup> Siehe Curt Geyer, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen, hg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 56.

<sup>2</sup> Zur Geschichte dieser Partei vgl. Dieter Engelmann u. Horst Naumann, Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993; Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

konträre Mentalitäten, politische Deutungen und Einstellungen. Aus der Erlebnisambivalenz speisten sich die *zwei* Orientierungen in der *einen* deutschen Arbeiterbewegung jener Jahre. Zur fundamentalen Zerreißprobe hatte dieser Zwiespalt trotz der Härte des Revisionismusstreits nach 1896 jedoch nicht geführt; eine Sezession hatte ernsthaft nicht angestanden.

Erst 1917, erst durch die Schubkraft des Krieges, suchten sich die beiden Orientierungen zwei differente Parteikörper. Doch agierte die USPD nicht ungebrochen als pure organisatorische Fortsetzung der alten Parteilinken und revolutionären Phraseologien aus der Vorkriegszeit. Zunächst war die USPD noch der Dachverband der sozialdemokratischen Pazifisten und Antiannexionisten, sodass dort ebenfalls der alte Zentrist und Theoriepapst Karl Kautsky wie auch sein früherer Widerpart vom rechten Flügel, Eduard Bernstein, gemeinsam unterkommen konnten.

## ENTWURZELUNG UND RADIKALISIERUNG

Mit dem Ende des Krieges war im Grunde die Voraussetzung von 1917 für die Spaltung weggefallen. Für eine sozialdemokratische Partei der Kriegskritiker, Pazifisten und Antiannexionisten gab es nach der Kapitulation der deutschen Reichsführung keinen plausiblen Grund mehr. Eduard Bernstein etwa sah das so und schloss sich wieder der Mutterpartei an – der Mehrheitssozialdemokratischen Partei (MSPD). Zuvor, kurz vor Weihnachten 1918, als der Krieg gerade zu Ende gegangen war, hatte Bernstein noch demonstrativ eine Doppelmitgliedschaft in der MSPD und bei den Unabhängigen Sozialisten besessen.<sup>3</sup> Er wollte so ein Zeichen der Einheit setzen, blieb indessen wieder, wie im Grunde zeitlebens, nur eine singuläre Gestalt.

Die USPD löste sich nicht auf; im Gegenteil: Sie wuchs im rasanten Tempo zur zweiten Massenpartei der Arbeiterklasse und des Sozialismus in Deutschland heran. Auch das hatte mit dem Krieg und seinen Folgen zu tun: Der Krieg hatte soziale Prozesse in Gang und neue Protestformationen im Proletariat in Bewegung gesetzt, was die anfängliche und zunächst gewiss noch nicht für alle Zeiten unüberbrückbare Spaltung der Sozialdemokratie vertiefte, schließlich dauerhaft machte.

Sicher, die organisierte Arbeiterbewegung war nie Organisation aller Arbeiter schlechthin gewesen, hatte sich seit ihren Anfängen mit den gering qualifizierten, oft ungelerten Lohnarbeitern schwergetan.<sup>4</sup> Die Differenz zwischen den Arbeiterschichten weiter oben und den Arbeitergruppen weiter unten war stets beträchtlich. Schon als sich Sozialismus und Arbeiterbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland formierten, verkörperte nicht die neue Klasse der Fabrikarbeiter den Motor dieser Entwicklung. Denn

<sup>3</sup> Vgl. die Einleitung von Eva Bettina Görtz (Hg.), Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1912–1932), Frankfurt a. M. 2011, S. VII–LVIII, hier S. XV.

<sup>4</sup> Hierzu Gerhard A. Ritter, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Historische Zeitschrift, Bd. 249 (1989), S. 295–362.

im Frühkapitalismus besaßen die traditionslosen Fabrikarbeiter weder Organisationserfahrungen noch gruppenbildende Leitideen.<sup>5</sup>

Das war bei den vorkapitalistischen Handwerksgelesen jener Jahre, den Schriftsetzern, Scherenschleifern, Drechslern, Sattlern, Zimmerern usw., ganz anders. Sie verfügten über das Erfahrungswissen und die gemeinschaftsstiftenden Fertigkeiten, die dem industriellen Frühproletariat fehlten. Sie prägten daher die Führungsschicht der deutschen Sozialdemokratie bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Sie vermochten auf die Voraussetzungen zurückzugreifen, die man braucht, um eine neue soziale Bewegung ins Leben zu rufen und mit langem Atem in Parteistrukturen zu übersetzen: Organisationskompetenz, Selbstbewusstsein, Bildung, Leitziele.<sup>6</sup>

Aus diesem sozialmoralischen Bezug heraus wurden »Assoziation« und »Bildung« zu programmatischen Schlüsselbegriffen der frühen Arbeiterbewegung und durchdrangen in Deutschland die Sozialdemokratie auf lange Zeit. Dadurch entstand in der deutschen Sozialdemokratie ein bildungsbeflügelter, organisationszentrierter, aufstiegsorientierter Fleiß- und Arbeitssozialismus. Auf ungelernete Arbeiter wirkte das von Beginn an nicht sonderlich anziehend. Der Assoziations-, Wissens- und Strebsamkeitssozialismus stieß sie eher ab, war ihrer diskontinuierlichen, den Mühen des Bildungseifers nicht zugeneigten Lebensgeschichte fremd.

Insofern liefen auch die Protestbewegungen in den traditionslosen Teilen der Arbeiterklasse seit 1917 an der Mehrheitssozialdemokratie vorbei, ja: richteten sich aggressiv gegen die Partei Friedrich Eberts. Aber erst jetzt tat sich eine tiefe, nur noch schwer zu überbrückende Kluft in der links orientierten Arbeiterklasse auf, welche die beiden Seiten nach Lebenslage, Erfahrungen, Generationen, Zukunftserwartungen und Qualifikationen scharf trennte und politisch antagonistisch polarisierte. Die Spaltung der Arbeiterklasse war nicht nur politisch bedingt, sondern zudem sozial und kulturell unterfüttert. Das wurde im Zeitraum zwischen 1917 und 1920 markant: In diesen drei Jahren veränderte sich die deutsche Arbeiterbewegung stärker und dramatischer als in den fünfzig Jahren zuvor; in diesen drei Jahren machte vor allem die USPD einen ungeheuren Wandel durch. Jedenfalls hatte die USPD von 1920 nicht mehr viel mit der USPD von 1917 gemein.

Am Ende war die USPD weniger eine Partei als eine sehr heterogene, emotional enorm aufgewühlte und ziemlich erratische Protestbewegung vor allem junger Arbeiter. Der Entstehungsort und das Aktionszentrum der jungproletarischen Rebellion waren insbesondere die Reviere der Rüstungsindustrien, die im Laufe des Ersten Weltkrieges oft aus dem Nichts geschaffen wurden, vor allem im Raum um Halle und Merseburg.<sup>7</sup> Als Arbeitskräfte

<sup>5</sup> Jürgen Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin 1983, S. 179 ff.

<sup>6</sup> Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.

<sup>7</sup> Klaus Schönhoven, Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989, S. 60 ff.

hatte man junge Leute herangezogen, oft ungelernt, häufig aus dem agrarischen Hinterland.

Für diese jungen Arbeiter kam der Wechsel in die Rüstungsfabriken und in die neuen Wohnquartiere jäh, unvermittelt, als scharfer Schnitt, als schroffe Entwurzelung. Ihr Grundgefühl war das der Bindungslosigkeit: Die alten Kohäsionen hatten sich verflüchtigt, neue Bindungen zur Organisationswelt und Kultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stellten sich nicht her, da es das alles in den ruckartig aus dem Boden gestampften Rüstungszentren nicht gab. Die neuen Rüstungsarbeiter waren mit den Traditionen der alten Arbeiterbewegung nicht in Berührung gekommen. Sie wurden nicht sozialisiert durch die sozialdemokratische Mentalität der kontinuierlichen Organisationsleistung, der geduldigen Zukunftserwartung und zähen Alltagspraxis.

Als sich die Versorgungslage zum Ende des Krieges dann immer mehr verschlechterte, als die Löhne fielen, schlug bei den jungen Rüstungsarbeitern das Gefühl der Entfremdung in militante Radikalität um. Ihr Lebensgefühl trieb sie zur Tat, zur Aktion, zum Putsch und zum Umsturz. Sie drängten zur fundamentalen Veränderung der verhassten Verhältnisse – jetzt und sofort. Mit dem sozialdemokratischen Reformismus und der patriarchalischen Vernunftretorik konnten sie nichts anfangen. Vielmehr war ihnen die MSPD verhasst, war ihnen die Partei der Hasenfüße und Verräter, da sie nicht den Kapitalisten das Geld und die Fabriken fortnahm und stattdessen ihr Wehrminister Gustav Noske die Streikenden und Rebellierenden zusammenschießen ließ.

Die jungproletarische Protestbewegung sammelte sich folglich in der USPD. Deren Mitgliederzahl stieg 1919 in einem Tempo und Umfang, wie das die deutsche Arbeiterbewegung weder zuvor noch danach erlebte. Zwischen März und November 1919 wuchs die Mitgliedschaft der Unabhängigen von 300.000 auf 750.000 an. In diesem Prozess wurden die erfahrenen und besonnenen Funktionäre der Vorkriegslinken oder des Parteizentrums wie Karl Kautsky, Hugo Haase und Rudolf Hilferding durch die Emphase jungproletarischer Protestgruppen nachgerade weggespült. Im Zuge der Mitgliederexpansion radikalisierte sich die USPD immer weiter nach links, brach immer stärker mit der Tradition auch der Bebel-SPD der Vorkriegsjahrzehnte.

Die neuen Aktivisten in der USPD gaben nichts mehr auf allgemeines Wahlrecht, Parlamentarismus, Gewaltenteilung und demokratische Verfassung; dergleichen verachteten sie als bourgeoise Truggebilde. Die neue proletarische Linke schwärmte stattdessen für das Räteresystem und die Diktatur des Proletariats, machte das im März 1919 auch zum Parteiprogramm. Und sie begeisterte sich für die Russische Revolution, das Sowjetsystem, für Lenin und die Bolschewiki.<sup>8</sup> Im Herbst 1920 entschied sich eine Parteitagmehrheit

<sup>8</sup> Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung: 1918 bis 1924. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, Berlin 1984, S. 250 ff.

der USPD für den Anschluss an die Kommunistische Internationale. Dagegen hatten sich die Reste der alten Vorkriegssozialdemokratie – überwiegend – erbittert gewehrt; das Gros der unabhängigen Parlamentarier, Funktionäre und Parteiredakteure verweigerte den Übertritt zur KPD, der aus dem Parteitagsbeschluss folgte, führte die geschrumpfte Partei stattdessen noch zwei Jahre weiter, bis diese sich dann mit der Mehrheitssozialdemokratie wieder zusammenschloss.

Etliche Mitglieder zeigten sich vom Drama der harten Binnenauseinander- setzung und introvertierten Spaltung jedoch abgestoßen, kehrten dem orga- nisierten Sozialismus tief frustriert den Rücken. Rund 350.000 Zugehörige der USPD des Spätsommers 1920 machten seit dem Herbst 1920 gar nicht mehr mit – weder in der KPD noch in der Sozialdemokratie.<sup>9</sup>

#### SKURRILITÄT DER SPALTUNG

Besonders verwirrend verlief die Spaltungsgeschichte in der linken Jugend. Im Oktober 1917 hatten sich etwa 4.000 oppositionell und antimilitaristisch gesinnte Jugendliche aus Protest gegen die mehrheitssozialdemokratische Politik der Zustimmung zu den Kriegskrediten und des »Burgfriedens« von der MSPD geführten Jugendbewegung gelöst und eine eigenständige Freie Sozialistische Jugend (FSJ) ins Leben gerufen. Ihre Hochburgen lagen in Sachsen, Hannover, Braunschweig und Bremen. Soweit verlief der Protest der jungen Sozialisten in ähnlichen Bahnen wie der ihrer Väter, die im April desselben Jahres die USPD gegründet hatten.

Allerdings war die Stimmung in der FSJ weitaus radikaler, und die politi- schen Kräfteverhältnisse unterschieden sich beträchtlich von denen der USPD. In der FSJ befanden sich die Befürworter eines besonnenen linken »Zentris- mus« von Anfang an eindeutig in der Minderheit; den Ton gaben vielmehr die Aktivisten der linksradikalen Bremer Richtung und des Spartakusbun- des an,<sup>10</sup> die sonst im Kontext der gesamten Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt ein unbedeutendes Sektendasein fristen mussten. Nach der Be- endigung des Krieges und der Gründung der KPD machten die führenden Vertreter der FSJ kein Geheimnis aus ihrer Nähe zur kommunistischen Partei.

Die Reichskonferenz der FSJ vom 18. bis 20. Oktober 1919 in Weimar zog dann den Trennungsstrich auch gegenüber der USPD. Die übergroße Mehrheit der Delegierten »begrüßte die KP in treuer Waffenbrüderschaft, solange und soweit diese ihre zielklare Politik fortsetzt und die Politik der USP aufs schärfste bekämpft«<sup>11</sup>. Um nicht die geringsten Missverständnisse aufkommen zu lassen, beschloss die Konferenzmehrheit zudem, die Gegner der verabschiedeten Resolution sofort aus der Organisation auszuschließen.

<sup>9</sup> Dieter Engelmann, Vor 75 Jahren: Annäherung und Wiedervereinigung von SPD und USPD 1920–1922, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiter- bewegung, Jg. 39 (1997), H. 3, S. 28–42.

<sup>10</sup> Vgl. F. Bieligk, Drei Jahre Sozialistische Proletarier- jugend, Leipzig 1923, S. 8f.

<sup>11</sup> Ebd., S. 10.

Die auf diese Weise ausgegrenzten Frondeure gegen die kommunistische Orientierung gingen noch in Weimar ans Werk, um das Plateau für die Gründung einer neuen, nun bereits dritten sozialistischen Jugendorganisation zu errichten. Auf einer Reichskonferenz vom 14. bis 16. Dezember 1919 in Halle – zunächst noch als »Reichskonferenz der Freien Sozialistischen Jugend« firmierend – konstituierte sich dann die Sozialistische Proletarierjugend (SPJ).<sup>12</sup>

Die Skurrilität im weiteren Verlauf der Geschichte der Sozialistischen Proletarierjugend lag darin, dass diese Organisation, obwohl doch erst im Dezember 1919 als Opfer jungkommunistischer Ausgrenzungsstrategien entstanden, in den Sommermonaten 1920 erneut in den Trubel der Wintermonate geriet und dabei fast restlos zerschlagen wurde. Es ging um den Anschluss an die kommunistische Jugend-Internationale.

Typisch für den binnenorientierten Charakter der politischen Debatten auf dem radikalen Flügel der deutschen Arbeiterbewegung war, dass auch in den Ortsgruppen der SPJ monatelang und mit allen taktischen Feinessen ausschließlich über das Für und Wider des kommunistischen Internationalismus gestritten wurde. Am Ende fand sich dann eine Mehrheit in dieser Organisation – die doch allein aus der Taufe gehoben worden war, weil sich ihre Gründungsmitglieder der kommunistischen Dominanz nicht hatten beugen wollen – für den Anschluss an die kommunistische Weltbewegung. Immerhin: Mit 145 zu 141 fiel das Votum sehr viel knapper aus als die zwei Monate zuvor stattgefundene Abstimmung in der USPD, bei der sich auf dem außerordentlichen Parteitag in Halle deutliche 236 gegen 156 Delegierte zur Annahme der berüchtigten 21 Bedingungen – die u. a. unbedingt die Pflicht zur kommunistischen Agitation, die Säuberung von reformistischen und zentristischen Funktionären, den Aufbau eines illegalen Apparats für einen voranzutreibenden Bürgerkrieg, kommunistische Zellenbildung in Gewerkschaften und Genossenschaften verlangten –<sup>13</sup> bekannt hatten.<sup>14</sup>

Die Radikalisierung der USPD indes war ohne die politischen Versäumnisse der MSPD nicht zu verstehen. Und es waren nicht allein unreife und ungelernte Jugendliche aus den mitteldeutschen Leunawerken, die sich aus Wut über die Mehrheitssozialdemokratie immer weiter nach links bewegten. Auch erfahrene und hochqualifizierte Metallarbeiter, von denen es auf der radikalen Linken anfangs keineswegs wenige gab, waren bitter enttäuscht über das, was Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann alles taten, und genauso über das, was sie alles unterließen. Die Mehrheit der industriellen Arbeiterklasse hatte sich ohne Zweifel von der Revolution mehr versprochen.

Schließlich hatten über Jahrzehnte die sozialdemokratischen Agitatoren und Zeitungsschreiber den Mitgliedern und Anhängern der Partei erklärt,

<sup>12</sup> Siehe Die Freiheit (Berlin), 11.12. u. 18.12.1919; Die Freiheit (Königsberg), 28.11.1919.

<sup>13</sup> Vgl. Robert F. Wheeler, Die »21 Bedingungen« und die Spaltung der USPD im Herbst 1920. Zur Meinungsbildung der Basis, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 23 (1975), H. 2, S. 117–154, hier S. 120 f.

<sup>14</sup> Vgl. Ders., USPD und Internationale, Berlin 1975, S. 260; Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975, S. 212.

dass die Sozialisierung der Königsweiger zum sozialistischen Volksstaat sei. Dann hatten die Sozialdemokraten seit dem 9. November 1918 endlich die Macht – aber es geschah nichts. Die Arbeiterklasse sah in jenen Wochen der Revolution keine fundamentalen Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, keinen tiefen Eingriff in die kapitalistische Eigentumsordnung, keinen entschlossenen Austausch der verhassten obrigkeitstaatlichen Eliten. Das trieb wachsende Teile der unteren Schichten in die Radikalität, führte sie letzten Endes zu den Kommunisten.

#### DOCH AUCH ERFOLGREICHER INTERSOZIALISMUS IM LINKSSOZIALISTISCHEN MINDERHEITENMILIEU

Doch entfesselten die Jahre 1917ff. nicht nur beträchtliche Spaltungs- und Sezessionsenergien. Sie begünstigten zugleich und als Reaktion darauf inter-sozialistische Bestrebungen, die bemerkenswerterweise besonders in linksintellektuellen Minderheitenzirkeln aufkamen und dort bis zum Ende der Weimarer Republik virulent blieben. Die »Sehnsucht nach der Einheit« produzierte dabei durchaus zyklische Enttäuschungen. Aber in einem dieser Minderheitenmilieus, das eben sozialmoralisch nicht gepalten war oder wurde, setzte sich die intersozialistische Grundidee qua Außendruck weitgehend durch: im Kreis der linkssozialistischen Ärzteschaft mit dominant jüdischer Herkunft.

Die ursprüngliche Organisationsbildung linker Ärzte ging auf das Jahr 1913 zurück, als im Berlin der Sozialdemokratische Ärzteverein entstand. Die Initiative hierzu hatten zunächst die beiden praktischen Ärzte Ignaz Zadek<sup>15</sup> – ein Schwager des sozialdemokratischen Theoretikers Eduard Bernstein – und Karl Kollwitz – Ehemann der bekannten Grafikerin Käthe Kollwitz – und der später renommierte Psychoanalytiker Ernst Simmel ergriffen. 1917 schlossen sich dann mehrere der früheren Mitglieder des Ärztevereins der USPD an, so auch Zadek, gleichsam Nestor und Führungsautorität der linken Ärzteschaft in Deutschland. Einige wenige traten 1919/20 auch der KPD bei. Die sozialistischen Ärzte standen somit nach Ausbruch der Revolution vor einer schwierigen Situation: Als Sozialdemokratischer Ärzteverein konnten sie, die sich parteipolitisch mittlerweile auf drei verschiedene Formationen verteilten, schlecht die Arbeit und Organisation fortführen. Die Anzahl links eingestellter Ärzte allerdings war in Deutschland einfach zu gering, die Dominanz extrem konservativ gesinnter Mediziner derartig erdrückend, sodass eine Spaltung der sozialistischen Ärzteschaft in drei unterschiedliche Organisationen ohne Sinn, wohl mangels Masse auch nicht einmal möglich gewesen wäre. Infolgedessen raufte sich Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten zusammen, blieben gemeinsam im Ärzteverein, den man allerdings

15 Zu Zadeks Biografie vgl. Stephan Leibfried u. Florian Tennstedt, Sozialpolitik und Berufsverbote im Jahre 1933, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 25 (1979), H. 3, S. 129–153, hier S. 148.

nun, zum Ausdruck parteipolitischer Neutralität, in »Verein Sozialistischer Ärzte«, kurz VSÄ, umfirmierte.

Mitte der 1920er Jahre zählte der Verein rund 850 Mitglieder; die allermeisten von ihnen lebten und praktizierten in Berlin. Von 1929 bis 1932 konstituierten sich noch Ortsgruppen in Karlsruhe, Breslau, Frankfurt a. M., München, Düsseldorf und im Bergischen Land. Mit Erfolg konnte sich der VSÄ gegen die Übermacht apodiktisch deutschnationalen Denkens innerhalb der medizinischen Bereiche im Wesentlichen nur in solchen Städten durchsetzen, in denen ein traditionell libertär und sozialreformerisch disponiertes jüdisches Ärztemilieu existierte.<sup>16</sup> Parteipolitisch dominierten im VSÄ nach der Spaltung rein quantitativ eindeutig die Mitglieder der SPD; daneben gab es eine große Anzahl parteiloser Sozialisten, jedoch nur vergleichsweise wenige Kommunisten, die zumeist dem rechtsoppositionellen Flügel der KP angehörten. Organisatorisch aber spielten diese Rechtskommunisten im VSÄ eine gewichtige, zeitweise durchaus richtungsweisende Rolle.

Der VSÄ brauchte als seine Wirkungsstätte die Großstadt und ihre sozialhygienischen Probleme. Die idealen Bedingungen für die Entstehung und für eine erfolgreiche Praxis einer sozialistischen Ärzteorganisation bestanden dort, wo es einen hohen Anteil jüdischer Ärzte gab, wo Sozialdemokraten Einfluss auf die Kommunalpolitik nahmen und wo schließlich eine mitgliederstarke, finanzkräftige AOK Ehrgeiz und Phantasie besaß, im Gesundheitswesen nicht bloß verwaltend, sondern prophylaktisch und sozialhygienisch tätig zu werden. Möglich war das nur in urbanen Zentren. Einzig Wien entsprach diesen Idealbedingungen – gewiss war es kein Zufall, dass die Wiener Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte mehr Mitglieder zählte als alle übrigen nationalen sozialistischen Ärzteorganisationen zusammen –; aber Berlin kam ihnen immerhin recht nahe, und auch in Frankfurt und Breslau gab es gute Voraussetzungen.

Doch in diesem spezifisch sozial-kulturellen urbanen Charakter des VSÄ lagen auch seine Entwicklungsgrenzen. Die übergroße Mehrheit der deutschen Ärzte suhlte sich in einer dezidiert reaktionären Gesinnung, sie stand den kollektiven Gesundheitseinrichtungen der Kassen und Kommunen mit Aversionen, wenn nicht offenem Hass gegenüber; in ihrer Lebensform und Mentalität unterschied sie sich grundlegend vom urbanen und libertären Habitus der jüdisch-sozialistischen Ärzte. Nach 1933 stürmten zahlreiche dieser deutschnationalen Mediziner – etwa 45 Prozent aller deutschen Ärzte – freudig in die Marschreihen der Nationalsozialisten. Im VSÄ sammelte sich nur eine kleine Minorität – insgesamt waren es 1,33 Prozent<sup>17</sup> – der deutschen Ärzte. Und es bestand wenig Aussicht, dass sich daran etwas ändern würde, zumal es an Nachwuchs aus den Arbeiterfamilien mangelte. Die studierenden

<sup>16</sup> Vgl. Käte Frankenthal, *Der dreifache Fluch: Jüdin, intellektuelle, Sozialistin. Erinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil*, Frankfurt a. M. 1981.

<sup>17</sup> Vgl. Bernhard Meyer, *Für das Ideal sozialer Gerechtigkeit. Der »Verein sozialistischer Ärzte«*, in: *Berliner Monatszeitschrift*, Jg. 5 (1996), H. 5, S. 22–29, hier S. 22.

Kinder aus den sozialdemokratischen Facharbeiterfamilien wollten Lehrer werden oder als Juristen in die Verwaltung gehen; an das medizinische Studium und den Ärzteberuf hingegen trauten sich von ihnen nur wenige heran.

Immerhin: Von den Ideen, Projekten und dem intellektuell-kulturellen Habitus der linken Mediziner ging, wenn auch partiell, ein spezifischer Reiz aus, der ebenso auf andere freiberufliche Schichten des urbanen linken Bildungsbürgertums ausstrahlte. Sozialistische Ärzte wie der Psychoanalytiker Ernst Simmel oder die Sexualreformer Max Hodann und Magnus Hirschfeld inkarnierten für das konservative Bürgertum einen unbedingt bekämpfungsbedürftigen Typus permissiver Sittenzerstörung; für die großstädtische linke Intelligenzija und Boheme hingegen figurierten sie als Symbolfiguren einer aufgeklärten, aparten experimentierfreudigen Lebensform.

Aber die sozialistischen Ärzte befanden sich unzweifelhaft in einer Tag für Tag schmerzhaft empfundenen Rand- und Außenseiterposition. Wollten sie etwas bewirken, konnten sie sich genüsslich geführte interne Schlachten, die regelmäßig in Schismen endeten, schlechterdings nicht leisten. Das bekamen sozialdemokratische Parteiärzte, die im VSÄ nicht mitmachen wollten und stattdessen für einen exklusiv an der SPD fixierten Bund warben<sup>18</sup>, ebenso heftig zu spüren wie eine Handvoll Thälmann-Mediziner, die im VSÄ mit den vorgegebenen Spaltungsparolen aufliefen wie sonst kaum in einer anderen linken Organisation jener Jahre.<sup>19</sup> Dass der VSÄ im Unterschied zu vielen anderen Organisationen innerhalb der Arbeiterbewegung seinen intersozialistischen, parteiübergreifenden Anspruch bis zum Ende der Weimarer Republik aufrechterhalten konnte, hatte er wohl dieser spezifischen, einmaligen Konstellation zu verdanken. Da war das gemeinsame sozialmedizinische Interesse Medizin<sup>20</sup>, das die Mitgliedschaft mehr verband, als die parteipolitische Differenz sie entzweite. Auch eine sozialmoralische Fragmentierung – wie in den linken Arbeiter- und Unterschichten der 1920/30er Jahre – durchfurchte und trennte die Lebenswelt linksbürgerlicher Mediziner nicht.

Als Glücksfall für den VSÄ erwies sich überdies der Umstand, dass weder seine sozialdemokratischen noch seine kommunistischen Mitglieder aus der Mitte ihrer Parteien kamen. Wenn ihre jeweilige Partei andere Ordnern erteilte als die, welche die sozialistischen Ärzte für richtig hielten und mit denen sie sorgfältig in ihr ureigenes Gewissen gegangen waren, dann musste die Partei eben zurückstehen. Einer übergeordneten Parteidisziplin jedenfalls beugten sie sich nicht. So reüssierte im VSÄ ein ungewöhnliches, spaltungswidriges Bündnis, das aber erstaunlich gut hielt und zusammenpasste: eine Allianz der sozialdemokratischen Revisionisten, linkssozialistischen Individualisten und rechtskommunistischen Realpolitiker.

<sup>18</sup> Aufschlussreich hierzu der Beitrag von Ernst Simmel zum 70. Geburtstag von Ignaz Zadek, in: *Der sozialistische Arzt*, Jg. 3 (1928), H. 4, S. 43–47.

<sup>19</sup> Siehe *Der sozialistische Arzt*, Jg. 5 (1929), H. 3, S. 143.

<sup>20</sup> Vgl. Daniel S. Nadav, *Julius Moses und die Politik der Sozialhygiene in Deutschland*, Stuttgart 1985.

## DIE SOZIALMORALISCHE SPALTUNG VERTIEFT SICH IM AUSGANG DER REPUBLIK

Innerhalb der genuinen Arbeiterbewegung indessen verfestigte sich eine zweite parteipolitische Alternative in Gestalt der KPD; wobei – woran Sozialdemokraten ungern erinnert werden – noch 1927 nahezu ein Drittel ihrer Mitglieder eine Vergangenheit als Zugehörige der SPD besaßen.<sup>21</sup> Zum Ende der Weimarer Republik kamen die Kommunisten bei den Parlamentswahlen fast an die Sozialdemokraten heran: Mit 20,4 Prozent der Wählerstimmen lag die SPD im November 1932 nur noch knapp vor der KPD, die einen Anteil von 16,9 Prozent für sich verbuchte.

Die beiden Parteien führten gegeneinander einen erbitterten, seit Ende der 1920er Jahre hasserfüllten Streit. In den Augen der Sozialdemokraten waren die Kommunisten überwiegend wortradikale Grünschnäbel, unerfahrene Revoluzzer, entwurzelte Lumpenproletarier, fremdgesteuerte Moskowiter, in den frühen 1930er Jahren oft auch nur kurz: »Kozis«. Die Kommunisten redeten unterdessen keinesfalls schmeichelhafter über die sozialdemokratischen Rivalen, brandmarkten diese gerne als Noskisten, Opportunisten, Marionetten der Bourgeoisie, vor allem als Bonzen, später dann als »Sozialfaschisten«.

Der Begriff des »Sozialfaschismus« war nicht genuin in Deutschland – wo stattdessen die Schmähung als »Bonze« üblich war – entstanden, sondern gleichsam als terminologisches Diktat der Kommunistischen Internationale aus Moskau eingeführt worden. Aber dieser Import fiel bei den deutschen Kommunisten durchaus auf fruchtbaren Boden, wurde rasch angenommen und aus freien Stücken in die politische Alltags- und Agitationssprache eingespeist – was verdeutlichte, wie sehr sich ein Teil der linken Arbeiterschaft seit den Bürgerkriegsjahren von der (Mehrheits-)Sozialdemokratie entfremdet hatte. Und der Kern der kommunistischen Anhängerschaft und Aktivistengruppe in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik – vornehmlich die Geburtenjahrgänge 1895 bis 1905 – war durch die Zeit des Bürgerkriegs, auch durch die Fronterfahrungen im Ersten Weltkrieg politisch sozialisiert und nachhaltig geprägt worden. Für diese Generation war Gewalt ein selbstverständlicher Teil des Lebens; mit dieser Kohorte brutalisierte sich der Streit zwischen den Ideologien, Weltanschauungen und politischen Parteien.

Das verstärkte sich noch in dem Maße, in dem die kommunistische Kerngruppe seit Ende der 1920er Jahre ihre Berufsarbeit verlor bzw. gar nicht erst in den Produktionsprozess hinein gelangte. Fortan war nicht mehr der Betrieb, sondern die Straße der Erlebnis- und Erfahrungsraum der kommunistischen

21 Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 21 (1995), H. 1, S. 5–31.

Arbeiter.<sup>22</sup> Die Straße lud weit mehr als der Betrieb zur expressiven Demonstration, zur inszenierten Protestgebärde, zum martialischen Aufmarsch, zum gewalttätigen Aufruhr ein. Die Kommunisten der Front- und Bürgerkriegsgeneration übersetzten ihre Sozialisationsprägungen alltäglicher Brutalitäten aus den Jahren 1914 bis 1923 dann während der berufsleeren Zeit im letzten Drittel der Weimarer Republik in militante und eruptive Straßenaktionen. Das entsprach ihrem Lebensgefühl, ihrer Lebensgeschichte und ihrer Lebensperspektive.

In den kommunistischen Biografien überwogen die Eindrücke der Entzivilisierung der Gesellschaft, der beruflichen Aussichtslosigkeit, der wirtschaftlichen Krisen, der ständigen Diskontinuitäten, Brüche und Ausschlüsse. Mit der reformistischen Grundmaxime kontinuierlicher, geduldiger, langfristiger und friedfertiger Arbeit in politischen Institutionen zur allmählichen und stetigen Besserung der sozialen Lage war das nicht kompatibel. Für einen jungen arbeitslosen Kommunisten im Jahr 1932 war das reformistische Credo abwegig, womöglich auch kränkend. Er hasste und bekämpfte es, denn der Reformismus setzte Erfahrungen, Qualifikationen, Sicherheiten voraus, an denen es dem Jungkommunisten in dieser Zeit gebrach.

Insofern macht es in der Tat Sinn, nicht von der *einen* Arbeiterbewegung zu sprechen, sondern von *zwei* Arbeiterbewegungen auszugehen. Kommunisten und Sozialdemokraten lagen nicht nur in politischen Interpretationen und strategischen Optionen auseinander; auch trennte sie der sozialkulturelle Ort ihrer jeweiligen Mitglieder und Anhänger. Es waren *zwei* Kulturen in der industriellen Arbeiterschaft, die umso weiter auseinander trieben, je länger die ökonomische Krise zum Ausgang der Weimarer Republik anhielt.<sup>23</sup> Die Kommunisten waren in den frühen 1930er Jahren überwiegend sehr viel jünger als die Sozialdemokraten; sie waren sehr viel häufiger arbeitslos, oft auch ungelernt, beruflich eher im Bergbau und der Chemieindustrie zu Hause als – wie die Sozialdemokraten – im Metallgewerbe.

Und viele Kommunisten galten politisch als unsichere Kantonisten, als Treibsand, da sie oft nur wenige Monate in ihrer Partei aushielten und dann wieder ganz verschwanden. Die Sozialdemokraten dagegen waren mehrheitlich erheblich parteitruer, politisch besonnener, beruflich abgesicherter, in der Wahl der politischen und gewerkschaftlichen Mittel abwägender und vorsichtiger als die Mitglieder ihrer »Bruderpartei«. Und doch empfand man auch diese Unterschiede, die oft keineswegs zimperlich geführten Konflikte, als »Bruderzwist«. Noch überwogen die Gemeinsamkeit der »Proletarität« und die »semantischen Brücken«<sup>24</sup> innerhalb einer gemeinsamen sozialistischen Arbeiterkultur.

22 Vgl. Sigrid Koch-Baumgarten, Eine Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD in der Weimarer Republik?, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 34 (1998), H. 1, S. 82–90.

23 Vgl. Klaus Schönhoven, Strategie des Nichtstuns? Sozialdemokratischer Legalismus und kommunistischer Attentismus in der Ära der Präsidialkabinette, in: Heinrich August Winkler, Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 59–76.

24 Klaus-Michael Mallmann, Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse: Eine Erwiderung, in: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte, Jg. 47 (1999), H. 3, S. 401–415, hier S. 407.

## »FREIE BAHN DEN TÜCHTIGEN« UNTERMINIERT DIE SOLIDARIÄTSNORMEN

Indes, die Entstrukturierung des Sozialistischen schritt während der zwölf nationalsozialistischen Jahre ein weiteres Stück voran. In den nationalsozialistischen Jahren entfernte sich abermals besonders die Masse der jungen Arbeiter von den Mentalitäten, Strukturen und Erfahrungen der alten Arbeiterbewegung. Das war nicht nur eine Folge des Verbots von SPD, KPD und Gewerkschaften; und es war auch keineswegs nur eine Auswirkung nationalsozialistischen Terrors. Vielmehr bot der Nationalsozialismus für junge Arbeiter einige Chancen, die zuvor für sie nicht existiert hatten.<sup>25</sup>

Im »Dritten Reich« wurden die Lohnformen stärker individualisiert, stärker auch nach Leistungen gestaffelt. Für Zusatzarbeiten, Sonderschichten und Überstunden, für besondere Qualifikationen gab es Prämien, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, individuelle Leistungslöhne. Besonders bei jungen Arbeitern kam die Parole »Freie Bahn den Tüchtigen« gut an, die Mitte der 1930er Jahre in Nazi-Deutschland die Runde machte.

Nie hatten die Arbeiter bis dahin in Deutschland so gut verdient wie in den letzten Vorkriegsmonaten 1939; selten hatten die Jungen in der Arbeiterklasse so sehr die Hoffnung, durch individuellen Einsatz vorankommen und aufsteigen zu können. Bei ihnen verblassten die alten Solidaritäts- und Homogenisierungsnormen der klassischen Arbeiterbewegung; im Nachwuchs der Arbeiterklasse nahmen die individuellen Aufstiegsorientierungen in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre beträchtlich zu.

Hier begann bereits, was sich nach Unterbrechungen durch den Zweiten Weltkrieg und die Trümmergesellschaft der spätvierziger Jahre dann in den Wirtschaftswunderjahren, und nun sehr forciert, fortsetzte. Im Grunde hatte es sogar schon früher angefangen, in den sogenannten »goldenen Jahren« der Weimarer Republik, war dann aber von der Depressionszeit nach 1929 unterbrochen worden. Jedenfalls gab es einen kulturellen Wandel, der zwischen 1924 und 1929 erkennbar wurde, dann von 1936 bis 1939 erneut mächtig auflebte und sich ab Mitte der 1950er Jahre endgültig Bahn brach: den Wandel zur stärker individualistischen Freizeit- und Konsumgesellschaft – und das Ende der in sich kohärenten und zentralisierten Milieukulturen.

Damit schwand die Erfahrung kollektiv ertragener Proletarität; wobei sich bemerkenswerterweise die sozialdemokratische Wählerbasis zunächst erheblich verbreiterte – auch, weil die kommunistischen Milieus und Anhängerschaften der Weimarer Jahre nicht zuletzt aufgrund der abschreckenden Praxis des SED-Sozialismus in der SBZ und der DDR im Laufe der 1950er Jahre zerbrachen, was – ganz besonders im Ruhrgebiet – den Sozialdemokraten neue Räume und

<sup>25</sup> Jüngst etwa Michael Grüttner, Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933–1939, Stuttgart 2015, S. 283 ff.

Rekrutierungsmöglichkeiten eröffnete. In den 1960er Jahren schienen überdies die früheren Probleme von Marginalisierung, Armut und Elend weitgehend gelöst zu sein. Auch kinderreiche Familien und alte Menschen, die zuvor am stärksten der Gefahr existenzieller Unsicherheit ausgesetzt gewesen waren, verzeichneten durch zielstrebige Sozial- und Gesellschaftspolitik von Adenauer bis Brandt erhebliche materielle Positionsgewinne. Infolgedessen lösten soziale Sicherheiten die früher chronischen Fragilitäten der Lebensführung ab.<sup>26</sup>

Zudem schliffen sich zuvor scharf ausgeprägte Interessenorientierungen und Einstellungsmuster zwischen den verschiedenen Schichten der Arbeitnehmerschaft ab.<sup>27</sup> Arbeiter und Angestellte wurden zwar nicht eins; aber sie näherten sich im Laufe der 1960er Jahre stärker an als in den zurückliegenden hundert Jahren der industriellen Gesellschaft. Von dieser verallgemeinernden »Arbeitnehmerisierung« der bundesdeutschen Gesellschaft im Abschied von der ersten christdemokratischen Regierungsära profitierten nun die Sozialdemokraten, die sich, ausgestattet mit einem neuen Programm, einem jungen Kandidaten und munteren Wahlkampflogans in Absetzung von betulichen Konventionen der eigenen Vergangenheit wie gegenüber einem etwas starren Konservatismus der christdemokratischen Gegenseite, als gleichsam kongeniale Partei einer neuen pragmatischen bundesdeutschen Arbeitergesellschaft präsentieren konnten – und dies auch, dabei elektoral höchst erfolgreich, taten. Ihren Kulminationspunkt erreichte die sozialdemokratische Arbeiterisierung in den Jahren 1967 bis 1973. Dann kehrte sich die Entwicklung abermals um, nun zulasten der Sozialdemokratie.

Denn die Zeit »nach dem Boom«, wie Historiker die jüngste Vergangenheit gerne periodisieren und charakterisieren, begann.<sup>28</sup> Das wirtschaftliche Wachstum verlor an Stabilität und Tempo. Die Massenarbeitslosigkeit kehrte zurück. Im Transformationsprozess von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und zu neuen Technologien verloren die alten Hochburgen der Sozialdemokratie in den Industrievierteln im Westen und Norden der Bundesrepublik erheblich an Gewicht für die ökonomische Potenz des Landes. Die Zechen verschwanden; Hochöfen und Werften wurden stillgelegt. In diesen frühen 1970er Jahren trat der »Malocher« – jener in der sozialistischen Ikonografie visuell veredelte athletische Industriearbeiter mit kräftigen Muskeln und verlässlicher gewerkschaftlich-sozialistischer Gesinnung – ab, sukzessive zunächst, aber eben doch unaufhaltsam.<sup>29</sup>

Währenddessen entfernten sich die Kinder, Enkel und Urenkel der klassischen Facharbeiter- und sozialistischen Organisationselite peu à peu aus den zerbröselnden Arbeitermilieus. Das vollzog sich nicht von einem Tag zum anderen, nicht als jäher Bruch, sondern allmählich: Sie besuchten das Gymnasium,

**26** Vgl. Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland. 1900–1979*, Frankfurt a.M. 1984, S. 228f.

**27** Vgl. Stefan Hradil, *Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2006, S. 204ff.

**28** Vgl. etwa Anselm Doering-Manteuffel, *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 55 (2007), H. 4, S. 559–581.

**29** Vgl. ebenfalls Wolfgang Hindrichs u. a., *Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre*, Essen 2000.



kamen so im Alltag weniger mit den früheren Freunden aus der Nachbarschaft zusammen, blieben aber noch hier wohnen. Sie studierten und kehrten in den ersten Semestern an den Wochenenden zurück ins Heim der Eltern. Sie wurden dem Abstammungsort zunehmend fremder, aber sie nabelten sich nicht vollständig davon ab. Doch spätestens mit der eigenen Familiengründung, mit der beruflichen Etablierung wechselten sie die Wohngegend, die Bezugsgruppen, die Geselligkeitsformen, die Manieren, ihren Habitus schlechthin.

Dabei: Etliche der sozialen Aufsteiger blieben durchaus Sozialdemokraten, standen in der Partei sogar ganz vorn, als Mandatsträger und Vorstandsmitglieder. Sie wähten sich noch in der sozialdemokratischen Tradition, in der Solidarität mit den »kleinen Leuten«; aber sie gehörten nicht mehr dazu, wurden anders, in der Selbstinszenierung moderner, betont kosmopolitisch, stärker postmateriell gesinnt, intrinsisch geringer an den alten sozialstaatlichen Regelungen interessiert.

#### DIE EINEN STEIGEN AUF, DIE ANDEREN FALLEN ZURÜCK

In diesen Jahren spaltete sich die sozialistische Basis von ehemals auf, spreizte sich fortan einerseits in die Gewinner, welche die sozialdemokratisch forcierten Bildungsreformen mit großer Energie genutzt und ihre Aufstiegschancen wahrgenommen hatten; und andererseits in die neuen Verlierer, die an den Bildungsanstrengungen nicht teilgenommen hatten oder daran gescheitert

waren. Kurz: Die Klassenbasis des Handarbeitersozialismus zerbrach, durch den Aufstieg der einen, die Stagnation oder gar den Abstieg der anderen. Die sozialdemokratische Aktivitas rekrutierte sich im Folgenden nahezu ausschließlich aus den Aufsteigern der »1973er«-Epochenschwelle.

Man hat diesen Vorgang als »Kettenabwanderung« aus den Arbeiterquartieren während der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre bezeichnet.<sup>30</sup> Durch die Abwanderung fehlten den Benachteiligten, den Zurückgelassenen nun die Sprecher, die Organisatoren einer integrativen Eigenkultur, die Mittler von Normen und Zielen. Diejenigen, die sich alleingelassen sahen<sup>31</sup>, besaßen nicht die Kraft, wohl auch nicht die Kompetenzen, in ihren Quartieren tragende wie vitalisierende Strukturen einzuziehen, durch intermediäre Einrichtungen – wie früher die Arbeiterwohlfahrt, Jugendverbände, Samariterkolonnen, Elternvereinigungen etc. – etwa auch arbeitslose Einzelne zu assoziieren.

Die vielen Einzelnen, die nun, nach dem Ende der Industriereviere, ohne Erwerb dastanden, fühlten sich vergessen und isoliert, waren bar aller Kooperationen der Vergangenheit. Selbst Nachbarschaften trugen bald nicht mehr. Sicherheit und belastbare Alltagsgewissheit schienen allein die vier eigenen Wände zu garantieren. Dahin zogen sich etliche Personen aus den früheren Arbeitermilieus zurück, resignierten, wandten sich von der Politik ab. Die Räume, welche die Aufsteiger verlassen hatten, besetzten fortan Migrantenfamilien, was die Einigelungs- und Abkapselungstendenzen der Alt-Einheimischen in den unteren Schichten noch mehr forcierte. Einst waren diese Viertel hoch politisiert, demonstrativ in Aktivität gehalten; jetzt gingen etliche ihrer Anwohner nicht einmal mehr zur Wahl.<sup>32</sup>

Eine neue Soziallage entstand, ohne Bewusstsein eigener Kollektivität und verbindender Interessen, ohne Gegenideologie und subversiven Aktionsdrang. Das Signum dieser neuen Unterschichtigkeit war die Perpetuierung der randständigen Existenz, gewissermaßen die intergenerationelle Vererbung von sozialem Ausschluss und gesellschaftlicher Aussichtslosigkeit. Und ihre alten Anführer hatten sich auf und davon gemacht.

Anfangs ließen sie sich in ihrer Parteieigenschaft noch an Samstagen sehen – sei es auch nur am Infotisch vor dem Supermarkt. Doch selbst das hörte auf. Die Sozialdemokratie war im Zuge des Aufstiegs der klassischen Facharbeiterelite tatsächlich zur Partei einer neuen gesellschaftlichen Mitte geworden. In einer jüngeren Mitgliederbefragung der SPD ordneten sich nicht weniger als 96 Prozent der sozialdemokratischen Mitglieder den Mittelschichten zu; nur drei Prozent siedelten sich selbst in der Unterschicht an.<sup>33</sup>

**30** Vgl. auch Heike Solga u. Sandra Wagner, Die Zurückgelassenen – die soziale Verarmung der Lernumwelt von Hauptschülerinnen und Hauptschülern, in: Rolf Becker u. Wolfgang Lauterbach (Hg.), Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, Wiesbaden 2008, S. 187–215, hier S. 191 ff.

**31** Generell über dieses Phänomen: Andreas Gestrich u. Marita Krause (Hg.), Zurückbleiben. Der vernachlässigte Teil der Migrationsgeschichte, Stuttgart 2006.

**32** Hierzu und im Folgenden: Hartmut Häußermann u. a. (Hg.), An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2004.

**33** Vgl. Mitgliederzusammensetzung der SPD, URL: <http://www.bpb.de/files/M1C6P3.pdf> [eingesehen am 15.10.2016].

Die Zugehörigen der mittleren und oberen Mittelschicht – 74 Prozent der organisierten Sozialdemokraten reihen sich hier ein – sind oft vergleichsweise ressourcenstarke Menschen mit akademischen Abschlüssen; sie benötigen nicht mehr unabdingbar das Kampfgeschirr der disziplinierten Organisation, sind nicht mehr angewiesen auf den Paternalismus von Partei- oder Gewerkschaftsfunktionären. Die SPD hat sich selbst zu einer Honoratiorenpartei von sozialstaatlich protegierten Aufsteigern soziologisch hoch katapultiert. Ihre Kerngruppe – Lehrer, Dezernenten, Referatsleiter etc. – verfügt individuell über Qualifikationen und Positionen, die den früher empfundenen Zwang zur Kollektivität und Organisationsbindung entbehrlich machen.

Auch die Kümmerpose der sozialdemokratischen Funktionäre von ehemals – »wir machen das schon« – verflüchtigte sich. An deren Stelle trat, vor allem in der rot-grünen Regierungszeit, der schneidige Appell nach unten, ohne Sekundanz des Staates Verantwortung zu übernehmen, selbst die Initiative zu ergreifen, jede Arbeit zu akzeptieren, sich mit Ein-Euro-Jobs füglich zu bescheiden. Klaus-Peter Schöppner von TNS-Emnid stellte, als Schröder die Regierungszentrale verließ, den Befund seines Instituts vor, dass nach 16 Jahren Helmut Kohl im Jahr 1998 rund 55 Prozent der Bürger die deutsche Gesellschaft als ungerecht qualifiziert hatten; nach sieben Jahren Rot-Grün – ursprünglich angetreten, um die soziale Asymmetrie zu korrigieren – war die Quote auf 78 Prozent angestiegen<sup>34</sup>. Derart verloren die deutschen Sozialdemokraten in ihrer Regierungszeit Wähler in einem Ausmaß, das singulär in der bundesdeutschen Geschichte ist. Beinahe die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter – über hundert Jahre die Avantgarde, die Kader des proletarischen Vorfelds der SPD – waren dem sozialdemokratischen Elektorat abhandengekommen. 1998 hatten sie noch zu sechzig Prozent die SPD gewählt; elf Jahre später belief sich der Anteil auf lediglich 35 Prozent.

Für kurze Zeit schien die Partei der Linken des Oskar Lafontaine zur Mitte der Nuller-Jahre zur neuen Repräsentanz der heimatlosen Unterschichten geworden zu sein. Doch dann stand am Ende des Abspaltungsprozesses nicht eine zweite, gar attraktive und erfolgreiche Neo-USPD. Die Rest-Arbeiterklasse radikalisierte sich im Fortgang nicht nach links. Enttäuschte und Unzufriedene wandten und wenden sich immer weniger den Organisationen der Linken zu, die als Transmissionsriemen der gesellschaftlichen Kritik und als Träger von Hoffnungen auf grundlegende Verbesserungen der sozialen Situation dort offenkundig nicht mehr wahrgenommen werden.

In einigen europäischen Ländern wäre es geradezu verniedlichend, würde man nur von einer Reserve oder Distanz zwischen den unteren sozialen

<sup>34</sup> Vgl. Klaus-Peter Schöppner, »Wirtschaftspolitik« ist wahl-schädlich, in: Cicero, H. 9/2007.

Schichten und den sozialistischen Parteiführern sprechen.<sup>35</sup> In England oder Frankreich ist zuletzt ein veritabler Klassenhass zu erkennen<sup>36</sup> – seitens der Arbeiter und Arbeitslosen gegen die habituell sich von ihnen scharf unterscheidenden Sprösslinge aus gehobenen Wohnquartieren mit Ausbildung auf Privatschulen und Eliteuniversitäten.<sup>37</sup> Die Granden der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien schwören auf Internationalisierung, Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union, auf transnationale Vernetzungen und eine globale Weltgesellschaft. Die einstigen Kernwähler der Linken aus der industriegesellschaftlichen Tradition empfinden hingegen die Aussicht auf weitere Internationalität nicht als süßes Versprechen, sondern als bitteres Menetekel, als pure Bedrohung ihrer sowieso schon fragilen beruflichen und sozialen Existenz.<sup>38</sup>

Ebendies ist ein Einfallstor für den rechten Populismus, der von Marseille bis Oslo, in Deutschland vom Schwäbischen bis nach Mecklenburg-Vorpommern, sich zur neuen, modernen politischen Repräsentanz der Arbeiter im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert wandelt und weitet. Diese Wendung interpretiert der französische Linksintellektuelle, Professor der Soziologie und frühere Trotzlist Didier Eribon in seinem in diesem Jahr hiezulande vielbeachteten Buch »Rückkehr nach Reims« gar als eine »zumindest teilweise« verständliche »Art politischer Notwehr der unteren Schichten«. Denn diese versuchten, so Eribon, auf solche Weise »ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden ist und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten«<sup>39</sup>.

Eine im Grunde denkbar traurige Bilanz der politischen und sozialmoralischen Spaltungshistorie dieser Klasse. Aber das muss ja noch nicht der finale Schlussakt der Geschichte sein. Zumindest glaubt der Landsmann von Eribon, der sozialistische Abgeordnete des Europäischen Parlaments und ebenfalls einst kämpferische Trotzlist Henri Weber, an das kreative Lernvermögen der europäischen Sozialdemokraten, die während ihrer ganzen Geschichte »ihre Fähigkeit« gezeigt hätten, »sich neuen historischen Bedingungen anzupassen«. Wie schon der große Sozialist und frühere französische Ministerpräsident Léon Blum so glaube auch er, Henri Weber, fest daran – »weil ich es hoffe«<sup>40</sup>.

35 Sehr interessant

hierzu: Owen Jones, Eine Partei zum Fürchten, in: *Le Monde diplomatique*, 14.11.2014, URL: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/11/14.mondeText.artikel,a0041.idx,9> [eingesehen am 13.10.2016].

36 Vgl. John Harris, What if Ukip's rise is more than a blip?, in: *The Guardian*, 14.05.2013.

37 Vgl. Ernst Hillebrand, Das Denken der Anderen, in: *IPG Journal*, 20.10.2014, URL: <http://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/das-denken-der-anderen-625/> [eingesehen am 13.10.2016].

38 Hierzu Michael Bröning, Der Triumph des Nationalen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.01.2015.

39 Didier Eribon, *Rückkehr nach Reims*, Berlin 2016, S. 124 (franz. Originalausgabe: *Retour à Reims*, Paris 2009).

40 Henri Weber, *Socialisme: La troisième refondation*, in: *Le Monde*, 25.08.2009.



**Prof. Dr. Franz Walter**, geb. 1956, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

# VON ERLÖSUNG, EMANZIPATION UND ENTFREMUNG

DIE LINKSPARTEIEN UND IHR »SPALTUNGSGEN«

≡ Thomas Meyer

Oft wird behauptet, die Parteien auf der linken Seite der politischen Sitzordnung litten an einer Art »Spaltungsgen«. Das bezieht sich in der Regel nicht nur auf die Wahrscheinlichkeit bzw. Häufigkeit des Zerbrechens sowie von Neugründungen dieser Parteien, sondern auch auf den tatsächlich fast kuriosen Sachverhalt, dass nicht selten selbst winzige linke Organisationen, die an einem ausgesprochenen Mitgliedermangel leiden – durch den sogar ihr Anspruch auf den Parteistatus höchst fragwürdig erscheint –, von rivalisierenden Gründungen und dann nachfolgenden Spaltungen der Spaltprodukte selbst heimgesucht werden. Letzteres ereignete sich in besonders nachdrücklicher Weise, die das eingangs erwähnte Urteil anscheinend eindrucksvoll bestätigt, in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, als sich am äußersten linken Rand nach der Gründung der DKP, die eigentlich eine Wiedergründung der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen KPD war, je nach Zählung sieben bis zehn weitere kommunistische Parteigründungen vollzogen und alle diese Organisationen nicht lediglich miteinander rivalisierten, sondern sich sogar gegenseitig als »Verräter«, nahezu Todfeinde, erbittert bekämpften.

Diese seltsame Blüte radikal linker Parteien grenzte nicht nur wegen des Missverhältnisses zwischen der Geringfügigkeit der politischen Differenzen einerseits, der Unbarmherzigkeit der wechselseitigen Bezeichnungen und Attacken andererseits, sondern insbesondere auch vor dem Hintergrund der Marginalität der jeweiligen Mitgliedschaft an eine Groteske und hat den öffentlichen Eindruck (teilweise bis hinein in die Sozialwissenschaften) erheblich verstärkt, dass linke Parteien an einer Art neurotischer »Spalteritis« litten, die sie nur beschränkt handlungsfähig erscheinen ließ. Da aber auch die SPD in ihrer ungewöhnlich langen Geschichte mit einer konkurrierenden Parallelgründung begann und mehrere direkte sowie indirekte Abspaltungen erfuhr, wird das Urteil der problematisch ausgeprägten Spaltungseigung häufig auch auf sie erstreckt und damit auf die gesamte Linke im weitesten Sinne bezogen.

Obwohl auch die Geschichte der an Moskau orientierten kommunistischen Partei Abspaltungen kennt, wird die Analyse im Folgenden auf die SPD begrenzt und an ihrem Beispiel erörtert werden, inwieweit die These der besonders ausgeprägten Spaltungsneigung von Linksparteien begründet ist und ob es tatsächlich Besonderheiten im Selbstverständnis dieser Partei gibt, die eine Spaltungsneigung fördern. Ein cursorischer Überblick über die Empirie des Phänomens in der sozialdemokratischen Organisationsgeschichte kann illustrieren, wovon die Rede ist.

#### Blicke in die Geschichte

In den Anfängen: Gleich in der Ursprungsphase der Sozialdemokratie in den 1860er Jahren führten vermeintlich »prinzipielle« Differenzen zwischen den Anhängern Ferdinand Lassalles und denen von Karl Marx, die auf beiden Seiten trotz des Überlappens ihrer Programmatik in substanziellen Fragen als unversöhnlich erschienen, zu einer von Rivalität geprägten Doppelgründung: dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV 1863) und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (SDAP 1869), aus denen 1875 mit der Verschmelzung beider die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) hervorging, die sich alsbald SPD nannte. Mit leichter Ironie lässt sich folglich sagen, die SPD selbst sei bereits in einem Spaltungsakt zur Welt gekommen.

Im Ersten Weltkrieg erfuhr die SPD – inzwischen zur erfolgreichsten Partei des Kaiserreiches avanciert – ihre historische Ursplaltung, die in vielfacher Weise bis in die Gegenwart nachwirkt, als sich 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) von ihr abtrennte. Letztere wurde in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg als Massenpartei zeitweise zu einer äußerst ernsthaften Konkurrentin der sich nun geradezu beschwörend Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) nennenden alten SPD.

Aus der USPD ging dann – auch dies eine Abspaltung – am 1. Januar 1918 die KPD hervor. Der verbleibende Teil der USPD vereinigte sich 1922 wieder mit der sozialdemokratischen Mutterpartei. Die KPD ihrerseits erlebte in den wenigen Jahren der Weimarer Republik ebenfalls mehrere Abspaltungen<sup>1</sup>. Aus der Erbmasse der nach dem Zusammenbruch der Weimarer Demokratie verbotenen SPD gingen in den frühen 1930er Jahren neben der als SOPADE im Exil weitergeführten SPD drei rivalisierende Konkurrenzorganisationen hervor: die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Neu Beginnen und der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK). Diese drei erhoben, wenngleich wiederum allesamt nur über eine sehr geringe Mitgliederzahl verfügend, jeweils für sich den Anspruch, die einzig wahren Erben der gescheiterten SPD zu sein.

<sup>1</sup> Die Spaltungen im Bereich der KPD werden im Folgenden nicht weiter behandelt, obgleich sie die hier entwickelte Interpretation zusätzlich stützen.